



NACHHALTIGER UND GERECHTER FORTSCHRITT BRAUCHT EINE GESCHLECHTERPERSPEKTIVE.

Eingereicht von: Elke Ferner, Vorsitzende UN Women Deutschland

Vorbemerkung

Debatten über Zukunftsthemen brauchen eine Geschlechterperspektive. Die vollständige und gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen ist die Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung. Die Herausforderungen der Zukunft können nur dann bewältigt werden, wenn die Lösungsvorschläge eine Geschlechterperspektive enthalten und eine konsequente Gleichstellungsfolgenabschätzung (gender impact assessment) erfolgt. Sowohl vor dem Beschluss über die Maßnahmen als auch nach der Implementierung.

Die Geschlechterperspektive vermisste ich leider in allen 4 Schwerpunktthemen: Frauen werden lediglich beim Thema Digitalisierung (kurz) und beim Thema Fachkräftemangel (aber auch nur im Zusammenhang mit einer gerechten Verteilung der Sorgearbeit und der Erzieher*innenausbildung) überhaupt erwähnt.

Wir brauchen nicht nur eine feministische Außen- und Entwicklungspolitik. Wir brauchen auch eine feministische Innenpolitik – in allen Politikfeldern!

Die Belange und Bedürfnisse und die anhaltende strukturelle Benachteiligung der Hälfte der Bevölkerung dürfen nicht mehr länger ausgeblendet werden. Leider steht Deutschland im internationalen Vergleich bei der Verwirklichung der Gleichstellung immer noch ziemlich schlecht da. Dabei haben wir seit Jahren, nein seit Jahrzehnten, kein Handlungs-, sondern ein Umsetzungsdefizit. Die Ursachen für die immer noch existierenden Gender Gaps sind vielfältig und sind in allen Politikfeldern vorhanden – ebenso vielfältig und komplex sind die Lösungen für die Überwindung der Gender Gaps, die bis 2030 geschlossen sein sollen.

Unser Steuer- und Abgabensystem und die immer noch vorhandenen Rollenzuschreibungen sind immer noch am Ein-Ernährermodell orientiert. Um vom Zuverdienerinnenmodell zum Ewerbs-Sorgemodell zu kommen, bei dem beide Partnern*innen sich gleichermaßen um Beruf und Karriere einerseits und um familiäre Sorge andererseits kümmern können, müssen die strukturellen Benachteiligungen endlich überwunden werden. Das kann nur dann erreicht werden, wenn die Kräfte gebündelt werden und die Geschlechterperspektive in allen Politikfeldern endlich einblendet und nicht ständig ausgeblendet wird. Und wer, wenn nicht die SPD, zu deren DNA die Gleichstellung der Geschlechter seit ihrer Gründung gehört, sollte hier vorangehen.

Nicht erst seit der Corona Pandemie, der Klimakrise oder dem Krieg gegen die Ukraine wissen wir, dass Frauen besonders von Krisen betroffen sind. Die Pandemie hat



mühsam erreichte Fortschritte in kürzester Zeit zunichtegemacht. Frauen mussten ihre Arbeitszeiten reduzieren und/oder im Homeoffice auch noch die Kinder betreuen bzw. unterrichten, den Haushalt managen und ggfs. auch noch für pflegebedürftige Angehörige da sein.

Andererseits ist allen bewusst geworden, dass viele Frauen in systemrelevanten Branchen wie der Pflege, dem Gesundheitswesen oder dem Einzelhandel viel zu schlecht bezahlt werden. Die Auswirkungen der Pandemie waren und sind nicht geschlechtsneutral und deshalb hätten die milliardenschweren Coronahilfen dringend eine Geschlechterperspektive gebraucht. Das Kurzarbeitsgeld z.B. wird nach dem Nettolohn berechnet, was bei gleichem Gehalt (und damit gleicher Beitragsleistung) aber verschiedenen Steuerklassen zu unterschiedlich hohen Lohnersatzleistungen führt. Hier verstärken sich die bestehenden Benachteiligungen gegenseitig: niedrigere Löhne (Pay Gap) und geringerer Arbeitsumfang (Time Gap) in Verbindung mit Steuerklasse V oder Steuerklasse II führen zu deutlich niedrigeren Einkommen während der Pandemie. Hinzu kommt, dass viele Frauen ihre Arbeitszeit reduzieren mussten. Wie viele von ihnen sie noch nicht wieder erhöhen konnten, obwohl sie das gerne wollten, wissen wir bis heute nicht.

Wir wissen aber seit langem, dass ein erheblicher Teil des Fachkräftemangels dadurch bewältigt werden könnte, wenn Frauen ihre Arbeitszeiten auf das Niveau der Männer anheben könnten, ausreichend familienfreundliche Qualifizierungsangebote existieren würden, die Rollenstereotype bei der Berufs- und Studienfachwahl endlich überwunden würden und die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen (und Männer) verbessert würden. Auch die Digitalisierung betrifft Frauen anders als Männer.

Gleichstellungsfolgenabschätzung (gender impact assessment) schnell einführen

Die Ampelkoalition hat sich auf die Fahnen geschrieben, die Gleichstellung von Frauen und Männern bis 2030 zu verwirklichen. Das ist ambitioniert, aber machbar. Sie hat dazu eine ganze Reihe von Maßnahmen und Instrumenten vereinbart, u. a. den sog. Gleichstellungsscheck. Es geht darum, dass alle Maßnahmen, Gesetze und Ausgaben daraufhin überprüft werden, ob sie dazu führen, das Ziel Gleichstellung bis 2030 zu verwirklichen, ob sie überhaupt keine Auswirkung auf den Stand der Gleichstellung haben oder ob sie sogar zu Rückschritten führen. Stillstand und Rückschritte können wir uns nicht mehr länger leisten. Gerade in Zeiten, in denen hohe Milliardenbeträge mobilisiert werden, um die Pandemiefolgen und die steigenden Energiepreise abzufedern, um unsere Gesellschaft fit für die Zukunft zu machen (digitale Transformation und Klimaschutzmaßnahmen) und wichtige soziale Sicherungssysteme umgebaut werden (Bürger*innengeld statt Grundsicherung, Einführung Kindergrundsicherung), kann man viel richtig, aber auch viel falsch machen. Deshalb muss der Gleichstellungsscheck schnell eingeführt werden. Bis zu seiner Einführung kann aber jedes Ministerium bereits damit anfangen, seine eigenen Vorschläge schon mal auf Tauglichkeit zur Erreichung des Ziels Gleichstellung bis 2030



zu überprüfen. Die sozialdemokratisch geführten Ministerien können hier mit gutem Beispiel vorangehen!

Wir wissen längst, dass sich auf freiwilliger Basis wenig bis nichts verändert und dass Krisen bereits erreichte Fortschritte schnell zunichtemachen können. Deshalb muss jetzt gehandelt werden. Fragen wie: Wird mit dem Vorhaben die Lohnlücke kleiner? Werden Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt weniger oder werden sie verfestigt? Übernehmen mehr Männer ihren Anteil an der unbezahlten Sorgearbeit? Können teilzeitbeschäftigte Frauen ihre Arbeitszeit erhöhen? Wird die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessert? Wird die Rentenlücke kleiner? Und entscheiden mehr Frauen in Vorstandsetagen, Verwaltungen, Wissenschaft und Parlamenten mit über die Weichenstellungen für die Zukunft?

Legt man diese Maßstäbe an, sieht man, dass z. B. der Mindestlohn eine Maßnahme ist, die mit dazu beiträgt, die Lohn- und Einkommenslücke von Frauen zu reduzieren. Das gleiche gilt für die Aufwertung der sozialen Berufe. Die Ausweitung der Minijobgrenze konterkariert dies allerdings, wenn nicht gleichzeitig die Steuerklassenkombination III/V durch das Faktorverfahren ersetzt wird und Minijobs nicht in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse überführt werden.

Der Gleichstellungsscheck muss nicht von Anfang an perfekt sein, er kann auch im Prozess weiterentwickelt werden. Wichtig ist, dass alle Beteiligten auf allen Ebenen sich intensiv mit den Wirkungen von einzelnen Maßnahmen auf die Gleichstellung der Geschlechter befassen und die Gender Gaps reduziert werden. Unsere Gesellschaft kann es sich nicht länger leisten, das Potential der am besten ausgebildeten Frauengenerationen liegen zu lassen.

Fazit

Alle Politikfelder haben eine Geschlechterdimension – muss auch bei der Entwicklung zur Lösung der großen Zukunftsherausforderungen berücksichtigt werden. Gleichstellung muss ebenso wie der Klimaschutz zum Leitprinzip in allen Politikfeldern werden. Nur so ist nachhaltiger Fortschritt möglich.